HAL
open science

Von der Konfessionsschule zum geschützten Sozialmilieu - Entwicklung und Funktionen des privaten Sektors im französischen Schulsystem

Elisabeth Flitner, Agnès van Zanten

To cite this version:

Elisabeth Flitner, Agnès van Zanten. Von der Konfessionsschule zum geschützten Sozialmilieu - Entwicklung und Funktionen des privaten Sektors im französischen Schulsystem. Zeitschrift für Pädagogik, 2009, 5 (55), pp.686 - 700. hal-01524104v1

HAL Id: hal-01524104

https://sciencespo.hal.science/hal-01524104v1

Submitted on 18 May 2017 (v1), last revised 7 Nov 2017 (v2)

HAL is a multi-disciplinary open access archive for the deposit and dissemination of scientific research documents, whether they are published or not. The documents may come from teaching and research institutions in France or abroad, or from public or private research centers.

L'archive ouverte pluridisciplinaire **HAL**, est destinée au dépôt et à la diffusion de documents scientifiques de niveau recherche, publiés ou non, émanant des établissements d'enseignement et de recherche français ou étrangers, des laboratoires publics ou privés.

Von der Konfessionsschule zum geschützten Sozialmilieu – Entwicklung und Funktionen des privaten Sektors im französischen Schulsystem

Elisabeth Flitner & Agnès Van Zanten

Einleitung

Frankreich hat nach den Niederlanden, Belgien und Spanien die höchste Privatschul-Quote in Europa (Nauze-Fichet 2004; Eurydice 2000). Von d en insgesamt etwa 10.000 Privatschulen des Landes befinden sich 95% in katholischer Trägerschaft (Toulemonde 2008). Fast alle werden vollständig öffentlich finanziert (Lehrerstellen, Gebäude, Be-triebskosten); 20% des öffentlichen Bildungsbudgets fließen Privatschulen zu. Die weit-aus meisten von ihnen erheben nur ein geringes Schulgeld.[1] Der Anteil der Privatschü-ler an der gesamten Schülerschaft beträgt im Landesdurchschnitt 17%, in Paris und in einigen traditionellen Hochburgen des Katholizismus sogar mehr als das Doppelte. Da viele Schüler einmal oder mehrmals im Lauf ihrer Schulzeit zwischen öffentlichem und privatem Sektor wechseln, ist die Nutzung von Privatschulen noch erheblich höher als es in Momentaufnahmen sichtbar wird (Langouet/Leger 1994, 1997; Langouet 2002; Caille 2004). Im Landesdurchschnitt haben beinahe 40% aller Abiturienten in Frank-reich im Laufe ihrer Schulzeit mindestens ein Jahr lang eine Privatschule besucht. Die Hälfte aller Familien schickt mindestens eines ihrer Kinder zeitweilig in eine Privat-schule.

1 Der Besuch einer französischen Privatschule kostet zwischen 300 und 800 Euro pro Jahr in der Provinz, zwischen 700 und 1500 Euro pro Jahr in Paris (ohne Internat). Die meisten Privatschulen sind für die meisten Familien erschwinglich. Bedürftige Schüler erhalten staatliche Stipendien. Ausnahmen bilden nur wenige sehr exklusive Internate, deren Preise denen von Salem oder Eton gleichen.

Schon die im Französischen gängige Unterscheidung von *secteur privé* und *secteur public*, privatem und öffentlichem „Sektor“, weist darauf hin, dass es sich dabei nicht mehr um verschiedene Welten, sondern um zwei Ausschnitte eines Gesamtsystems handelt, die einander sehr ähnlich geworden sind. Der ehemalige Schulkampf zwischen Kirche und Republik ist inzwischen weitgehend beigelegt. Aus einem religiös aufgeladenen politischen Gegensatz konkurrierender Schultypen ist im Laufe der letzten fünf Jahrzehnte ein Doppel-System zweier Schulnetze geworden, deren Klientel sich weniger durch religiöse Orientierungen als vielmehr durch Differenzen der sozialen Herkunft unterscheidet. Diese Säkularisierung ihrer christlichen Bekenntnisschulen lag nicht im Interesse der Kirche, sondern ergab sich als ungewollte Folge ihrer staatlichen Finanzierung und Kontrolle seit den 1960er-Jahren. Doch auch die republikanische Gegenseite muss sich mit der Paradoxie ungewollter Wirkungen arrangieren. Sie konnte das katholische Schulwesen, seit es einmal anerkannt war, für die Zwecke staatlich forcierter Bildungsexpansion mit nutzen, muss aber dafür aus öffentlichen Mitteln einen Privatschulsektor finanzieren, der ihre Politik der Chancengleichheit behindert, indem er ständig einen überproportionalen Anteil schulinteressierter Mittelschichtfamilien aus den öffentlichen Schulen abzieht. So sind die schulpolitischen Beziehungen zwischen Republik und Kirche bis heute nicht spannungsfrei. Wir skizzieren im Folgenden die uns am wichtigsten erscheinenden politischen und sozialen Bedingungen, welche die Entwicklung des französischen Privatschulwesens in den letzten fünfzig Jahren bestimmten, unter der Frage, wie sich dessen Charakter und Funktion im Laufe seiner Angleichung an das öffentliche Schulwesen verändert haben.

1. Die Assimilation der Privatschulen an das öffentliche System seit den 1960er-Jahren

Wie in Spanien, Belgien und den Niederlanden ist der hohe Privatschulanteil in Frankreich eine historische Erbschaft religiös aufgeladener politischer Kämpfe um die Kontrolle des Schulwesens, die im Falle Frankreichs seit der Revolution von 1789 bis in die Mitte des zwanzigsten Jahrhunderts zwischen katholischen Gegnern und laizistischen Verteidigern der republikanischen Staatsform ausgetragen wurden. Die Republik hatte es bei der Einführung eines öffentlichen, laizistischen Schulsystems im neunzehnten Jahrhundert nicht vermocht, das ältere katholische Schulwesen abzuschaffen. Im europäischen Vergleich sehr spät, nämlich erst am Ende der 1950er-Jahre, als Charles de Gaulle Präsident geworden war mit dem Ziel, den Algerienkrieg zu beenden, wurde auch die Basis eines innenpolitischen Waffenstillstands in dem Schulkampf zwischen Republik und Kirche gelegt. Das „Gesetz über die Beziehungen des Staates zu den privaten Schulen“ (*loi Debré* vom 31.12.1959) konzediert, dass auch die Einrichtungen des katholischen Schulwesens Aufgaben von öffentlichem Interesse erfüllen. Damit wurde deren zuvor gesetzlich verbotene Finanzierung aus Steuermitteln möglich.

Für diesen Jahrhundert-Kompromiss musste die staatliche Seite ihr bisheriges Verständnis von *laïcité* aufgeben, demzufolge die konfessionelle Neutralität des Staates

eine kämpferische Komponente haben musste, sobald die Freiheit des Denkens bedroht schien. Nach dem revolutionären Begriff von *laïcité* mussten republikanische Schulen und ihre Lehrer explizit anti-klerikal sein, da die Kirche mit Glaubensvorschriften das kritische Denken und damit die Bildung mündiger Bürger beschränkt. Der politische Auftrag öffentlicher Schulen war es, den hegemonialen Einfluss der katholischen Kirche zurückzudrängen mit dem Ziel, auf religiös neutralem Terrain die Gleichheit aller Bürger zu garantieren. Die *loi Debré* von 1959 markierte den Übergang zu einer pragmatischen und pluralistischen Konzeption staatlicher Neutralität, die den katholischen Schulen eine gewisse Eigenart zubilligt und auch anderen religiösen, kulturellen oder sozialen Gruppen besondere schulische Bedürfnisse zugesteht. Heute stützt sich der Umgang mit allen Fragen kultureller Pluralität auf diese pragmatisch-pluralistische Interpretation der Neutralität des Staates (Lorcerie 1996). Katholische Kreise gehen noch einen Schritt weiter und wollen Laizität nicht mehr als Ausschluss der Religion aus der Öffentlichkeit, sondern als staatliche Gewährleistung religiöser und kultureller Pluralität verstanden sehen (Baudouin/Portier 2001). Dem folgt aber die französische Politik bisher nicht. So wurde nach fünfzehnjähriger Debatte und zahlreichen Gerichtsverfahren zu der Frage, ob muslimische Schülerinnen in öffentlichen Schulen Kopftücher tragen dürfen, im März 2004 mit überwältigender Mehrheit in Parlament und Senat ein Gesetz verabschiedet, das im Sinne einer strikten negativen Religionsfreiheit des öffentlichen Raums das sichtbare Tragen jeglichen religiösen Zeichens – sei es Kopftuch, Kreuz, Kippa oder Turban – in öffentlichen Schulen verbietet (Reuter 2008).

Die *loi Debré* hat den Vertretern eines republikanisch-antiklerikalen Staates erhebliche Konzessionen in der Anerkennung religiöser Bedürfnisse der Bürger abverlangt, hat aber dem Staat im Gegenzug dafür eine Kontrolle des katholischen Schulwesens ermöglicht (Prost 1981, 1993). Diese war aus staatlicher Sicht dringlich geworden, weil die Bildungsnachfrage damals schneller wuchs als man neue öffentliche Schulen bauen und zusätzliche Lehrer dafür ausbilden konnte. Mit Hilfe einer forcierten Industrialisierungs-, Urbanisierungs- und Schulexpansionspolitik wollte das im internationalen Vergleich wirtschaftlich rückständige Frankreich unter de Gaulle seine Entwicklung zur modernen Industrienation voranbringen. Die katholischen Schulen, die schon damals etwa 17% aller Schüler aufnahmen, sollten für diese Expansionspolitik mit genutzt werden.[2] So genehmigte die Schulverwaltung von 1960 bis 1985 fast alle Anträge der Kirche auf die Finanzierung alter oder neu gegründeter katholischer Schulen.

Die katholischen Bischöfe nahmen die neuen Kontrollen durch den Staat im Austausch für die Entlastung der kirchlichen Haushalte in Kauf. Die Kirche brauchte Geld (Tavan 2001, 2004a). Nach dem Zweiten Weltkrieg ging die Zahl ihrer Mitglieder und die Zahl der Priester, der Ordensleute und Unterrichts-Nonnen, die in Klöstern lebten und beinahe umsonst in ihren Schulen arbeiteten, zurück. Sie mussten durch weltliches

2 Die Übernahme des katholischen Schulwesens in staatliche Finanzierung erfolgte zu Beginn der bisher stärksten Expansionsphase des französischen Bildungssystems. Zwischen 1950 und 1969 verdreifachte sich der Anteil der Bildungsausgaben am BSP von 2,3% auf 9,6% bei gleichzeitig stetigem Wirtschaftswachstum (Carry 2007).

Lehrpersonal ersetzt werden, das mit Familienlöhnen bezahlt werden muss – eine finanzielle Last, welche die Kirche nicht schultern konnte oder wollte. Wenn sie ihre Schulen erhalten und an der Schulexpansion teilhaben wollte, musste sie sich staatliche Finanzierungsquellen erschließen.

Immerhin konnten die Bischöfe in diesem Tausch von Unabhängigkeit gegen staatliche Finanzierung auf einer „Eigenart" ihrer Schulen bestehen. Als deren Kernpunkt wurde ihnen das Recht auf die Erteilung von Religionsunterricht zuerkannt, der an staatlichen Schulen untersagt ist. Damit ging jedoch – rechtlich notwendig – eine zweite Konzession einher, die 1959 schulpolitisch unerheblich schien, sich aber in den folgenden Jahrzehnten als das entscheidende Privileg der Privatschulen entpuppen sollte: Die Wahl einer kirchlichen statt einer öffentlichen Schule kann für die Familien nur freiwillig sein. Als der Staat im Zuge seiner Bildungsoffensive ab 1963 für alle öffentlichen Schulen verbindliche Einzugsbereiche festlegte, mussten die kirchlichen Schulen aus dieser Regelung ausgenommen werden. Privatschüler können ihre Schule wählen – wie auch die privaten Schulen ihre Schüler wählen können. Zwar dürfen sie, da sie öffentlich finanziert werden, ihre Schüler nicht nach Kirchenzugehörigkeit auslesen. Sie können aber, bei ausreichender Nachfrage, bevorzugt leistungsstarke oder schulangepasste Schüler aufnehmen und damit relativ problemfreie Schulmilieus herstellen. Die Beschränkung der Wahlfreiheit im öffentlichen System verschaffte also den kirchlichen Schulen eine gewisse soziale Vorzugsstellung. Sie erschloss ihnen ein neues Publikum in bildungsinteressierten Familien, die die Schule ihres Sprengels meiden wollten. Das trug in den folgenden Jahrzehnten zunehmend zur Veränderung ihrer Schülerschaft bei. Denn von nun an konnten oder mussten katholische Schulen mit einem stetig wachsenden Anteil an Schülern rechnen, die aus anderen als religiösen Motiven zu ihnen kommen.[3]

Die Kontrolle des kirchlichen Schulwesens durch den Staat entwickelte sich in den vergangenen Jahrzehnten aus bescheidenen Anfängen Schritt für Schritt zu einer so umfassenden Einbindung, dass heute die privaten Schulen in Frankreich in allen administrativen und pädagogischen Belangen den gleichen Vorschriften unterliegen wie die öffentlichen. Sie müssen nach denselben Lehrplänen und Stundentafeln unterrichten, dieselben zentralisierten Prüfungen durchführen, an denselben Evaluationen teilnehmen und dieselben Berichtspflichten erfüllen. An dieser Angleichung ist heute auch ihren Nutzern gelegen, denn nur etwa 9% aller Privatschüler verbringen ihre gesamte Schulzeit im privaten Sektor (Caille 2004). Alle anderen nutzen ihn nur für einen Teil ihrer Schulzeit. Diese Schüler sind an problemlosem Wechsel zwischen den beiden Sektoren interessiert, der voraussetzt, dass deren Lehrpläne identisch sind. Auch die Lehrerbildung ist mittlerweile angeglichen. Lehrer an Privatschulen müssen dieselben Ausbildungen durchlaufen und dieselben Qualifikationskriterien erfüllen, seit 1993 sogar denselben C*oncours* bestehen wie die Lehrer des öffentlichen Sektors. Sie sind Angestellte

3 Heute geben nur noch 12% der Nutzer von Privatschulen an, dass religiöse Interessen für ihre Schulwahl ausschlaggebend gewesen seien (Langouet 2002).

des öffentlichen Dienstes,[4] werden von den staatlichen Schulämtern verwaltet und von staatlichen Inspektoren inspiziert. Sie werden nach denselben Kriterien versetzt, befördert und den Privatschulen zugeteilt, die auch im öffentlichen Sektor gelten, und verfügen, spiegelbildlich zur Lehrerschaft des öffentlichen Sektors, über alle Mitbestimmungsrechte in paritätischen Kommissionen. Es gibt drei sehr aktive katholische Lehrergewerkschaften und vier Schulleitersyndikate des privaten Sektors, die alle darauf hin arbeiten, dass dessen Personal mit dem des öffentlichen Sektors gleich gestellt wird.[5]

Ein oft zitierter Unterschied zum öffentlichen System liegt zwar darin, dass die Leiter privater Schulen ihre Lehrer selbst einstellen. Das trifft zu, würde aber missverstanden, wenn man glaubt, der Schulleiter könne sie in quasi-unternehmerischer Freiheit auswählen. Er ist nur der Vorgesetzte, der die Anstellungsverträge unterschreibt, in diesem Sinne die Lehrer einstellt, während er auf ihre Auswahl kaum Einfluss nehmen kann.[6] Die Auswahlentscheidungen liegen, wie im öffentlichen Bereich, bei paritätischen Kommissionen außerhalb der jeweiligen Schule. Die personalpolitische Marge der Schulleitungen ist heute auch im privaten Sektor gering, und damit ihre Möglichkeit, ein Lehrer-Team nach pädagogischen oder weltanschaulichen Kriterien zusammenzustellen, in Privatschulen kaum mehr größer als in staatlichen. So könnte nur die Selbstauswahl von Lehrern, die sich für Privatschulen bewerben, zu Unterschieden der Lehrerschaften zwischen den Sektoren führen; dies ist aber bisher nicht untersucht worden.

In einem halben Jahrhundert seit der *loi Debré* haben sich die katholischen Schulen grundlegend verändert. Während hier früher die Kinder katholischer Familien eine christliche Erziehung durch Lehrer erhielten, die selbst auf jeden Fall katholisch, oft sogar Priester oder Ordensleute waren, ist das Bild heute ganz anders. Priester und Nonnen sind in den Schulen nur noch selten anzutreffen. Statt ihrer gehen hier die gleichen Lehrer wie an öffentlichen Schulen ihrem Beruf nach. Auch der Leitungsapparat besteht heute nicht mehr aus Priestern und hat sich den Strukturen der staatlichen Schulverwaltung angepasst. Aus der Situation am Ende der 1950er-Jahre, in der die katholischen Schulen im Land verstreut arbeiteten, jede von ihrem Bischof oder einem der zahlreichen Orden abhängig, aber miteinander nur durch das Bewusstsein gemeinsamer Zugehörigkeit zur Kirche verbunden, hat sich nach und nach eine zentralisierte Verwaltung entwickelt, deren pyramidale Organisation unter der Leitung eines *secrétaire général de l'enseignement catholique* auf jeder Verwaltungsstufe, von den nationalen Kommittes und permanenten Kommissionen in Paris über die regionalen Kommittes bis hinab zu

4 Lehrer an öffentlichen Schulen sind grundsätzlich Beamte.

5 Gegenwärtig betreffen die Forderungen der katholischen Lehrergewerkschaften besonders die Anpassung der Lehrer-Renten, die im privaten Sektor noch etwas niedriger liegen als im öffentlichen. Hier bremst nicht der Staat, der zahlen soll, sondern die Kirche, weil an dieser Frage letzte Reste einer etwas freieren Gestaltung der der Arbeitsverträge der Lehrer im privaten Sektor hängen.

6 Für die derzeit gültigen Prozeduren und Kriterien der Einstellung von Lehrern in Privatschulen siehe Circulaire N° 2005-203 vom 28.11.2005, BO-MEN N° 45 vom 8.12.2005.

den lokalen paritätischen und anderen Kommissionen, die Instanzen der staatlichen Schulverwaltung spiegelt. Auch das private System muss sich mit starker gewerkschaftlicher Mitwirkung abfinden. Zweifellos werden die leitenden Stellen der katholischen Schulverwaltung weiterhin ausschließlich von engagierten Katholiken eingenommen (die auch in der staatlichen Verwaltung des katholischen Frankreich nicht fehlen). Aber als entscheidend wirksam erweist sich auf die Dauer doch die Übereinstimmung der hierarchischen und administrativen Strukturen von katholischer Kirche und Staat, die dafür sorgt, dass die 10.000 Privatschulen des Landes nicht ebenso viele lokale Basisinitiativen und unterschiedliche Schul-Profile repräsentieren, sondern öffentlicher und privater „Sektor" als zwei Pyramiden erscheinen, deren jeweilige Pariser Spitzen, Verwaltungsleiter, Vorsitzende der Gewerkschaften und Präsidenten der Elternverbände, die Rahmenbedingungen für die Arbeit ihrer Schulen im Land miteinander verhandeln und sie einander dabei immer ähnlicher werden lassen.

Dennoch bleiben Unterschiede zwischen privaten und staatlichen Schulen bestehen, die pädagogisch relevant werden können. Erstens sind Privatschulen durchschnittlich kleiner als staatliche und dadurch weniger anonym: Öffentliche *Collèges* hatten im Jahr 2002 durchschnittlich 518 Schüler, private 362; öffentliche Gymnasien hatten durchschnittlich 1010 Schüler, private nur 383 (Nauze-Fichet 2004). Zweitens verstehen sich die staatlichen Schulen als Ort republikanischer Vergesellschaftung und nicht als Orte der persönlichen Begegnung und Beziehung zwischen Lehrern und Schülern, während die katholischen Schulen den Anspruch haben, „Gemeinschaften" im christlichen und/oder pädagogischen Sinn zu sein und auf die Bedürfnisse Einzelner einzugehen. Drittens können sich Privatschulen, wie schon erwähnt, auf bestimmte Schülerprofile spezialisieren. Nach diesem Kriterium lassen sich drei unterschiedliche Gruppen von Privatschulen erkennen: Eine große Gruppe von Ersatzschulen, die mit staatlichen Schulen um die Schülerschaft ihrer näheren Umgebung konkurrieren; eine kleinere Gruppe innerstädtischer, selektiver katholischer Traditionsgymnasien, und schließlich eine große Gruppe privater Nachhol- und Auffangschulen, die sich auf Schüler spezialisieren, die im öffentlichen System in Schwierigkeiten geraten sind. Diese bieten entweder besonders strenge Disziplin und Überwachung (teils als Internate) oder besondere pädagogische Unterstützung zur persönlichen und schulischen Selbstentfaltung der Schüler an. Trotz aller Angleichung bleiben also, neben dem Religionsunterricht und der Freiheit der Schulwahl, weitere Besonderheiten katholischer Schulen bestehen, die ihr Schulklima positiv beeinflussen können.

2. Andere Privatschulen

5% der Privatschulen in Frankreich sind nicht katholisch: Eine kleine Zahl exklusiver Prestige-Internate für Kinder großbürgerlicher und adliger Familien (Pinçon-Charlot 2007; Wagner 2007), eine kleine Zahl meist bilingualer Grundschulen, weiter zahlreiche Sonderschulen in der Trägerschaft von Behindertenverbänden, Kliniken, Heimen und anderen Trägern des Sozial- und Gesundheitssystems, die mehrheitlich nicht vom Bil-

dungs-, sondern vom Gesundheitsministerium abhängen (Plaisance 2008), dazu einige wenige Schulen, die von Konsulaten, und andere, die von Unternehmen getragen werden. Die Gesamtzahl dieser Schulen ist über die letzten Jahrzehnte weitgehend stabil geblieben. Ein eindeutiger Anstieg ist dagegen bei denjenigen Schulen zu beobachten, die anderen konfessionellen Gemeinschaften zugehören. Protestantische Schulen sind in Frankreich extrem selten. Dagegen streben andere religiöse Minderheiten nach Etablierung im Schulsystem. Neben sieben privaten Waldorfschulen, die keine staatliche Unterstützung erhalten, gibt es derzeit in Frankreich vier islamische Schulen, von denen bisher eine Grundschule (auf der Reunions-Insel) und seit Kurzem auch das 2003 gegründete *Lycée Averroès* in Lille staatlich finanziert werden, weiter eine armenische Schule und eine Privatschule der Sikh-Gemeinschaft. Insbesondere aber hat sich mit dem Zuzug jüdischer *rapatriés* französischer Nationalität aus Nordafrika und mit wachsenden Selbstbehauptungs- und Sicherheitsbedürfnissen in der jüdischen Gemeinschaft in den letzten drei Jahrzehnten ein eigenes jüdisches Schulwesen entwickelt. Heute gibt es etwa 100 jüdische Grund- und Sekundarschulen mit zusammen rund 30.000 Schülern, mehrheitlich in Paris und Umgebung konzentriert, von denen drei Viertel staatlich finanziert werden. Die pädagogische Arbeit dieser konfessionellen Minderheiten-Schulen ist bisher nicht untersucht worden, obwohl man davon ausgehen kann, dass ihr *caractère propre* stark ausgeprägt ist. Alle hier erwähnten Schulen zusammen machen aber, wie gesagt, nicht mehr als 5% des privaten Schulwesens aus. Wenn in Frankreich vom *privé* die Rede ist, ist fast immer das katholische Schulwesen gemeint.

3. Warum wächst die Privatschulquote nicht?

Der Anteil der Privatschüler an allen Schülern ist seit fünfzig Jahren erstaunlich stabil. Er liegt seit 1959 bei etwa 17% (14% im Primarbereich, 21% im Sekundarbereich), mit geringfügigen internen Verschiebungen – in den 1990er Jahren nahm etwa der Anteil der Privatschulen im Grundschulbereich und im Bereich der Berufsgymnasien leicht zu, im Bereich der allgemein bildenden Gymnasien etwas ab (Nauze-Fichet 2004; Maetz 2004a). Der private Sektor hat also an der allgemeinen Bildungsexpansion teilgenommen. Er ist parallel zum öffentlichen Sektor gewachsen, aber jeweils nicht stärker als dieser. Dabei waren der Kirche von 1959 bis 1985 praktisch unbegrenzte Finanzierungsmöglichkeiten angeboten. Warum, lässt sich fragen, hat die Kirche nicht die Möglichkeit ergriffen, unter der *loi Debré* den Schulkampf mit friedlichen Mitteln und staatlichen Geldern fortzusetzen und dabei ihren Anteil am Schulsystem entschieden zu vergrößern? Warum hat die flächendeckende Einführung der Gesamtschule seit 1975 den Privatschulen nicht einen größeren Zulauf von Gesamtschul-Flüchtlingen verschafft? Und warum wirkt sich heute der Liberalisierungs- und Privatisierungsdiskurs, der die Schulsysteme vieler anderer Länder erfasst hat, in Frankreich nicht zugunsten einer Steigerung der Privatschulquote aus? Zur Erklärung dieser Stabilität werden historische, politische, rechtliche, kulturelle und soziale Gründe diskutiert, die wir im Folgenden in sechs Punkten erläutern.

1) Wahrscheinlich fehlte es der Kirche in den 1960er- und 1970er-Jahren in vielen Regionen Frankreichs an den personellen Kapazitäten, die für eine stärkere Expansion des katholischen Schulwesens nötig gewesen wären. Die Landkarte der Verbreitung katholischer Schulen in Frankreich zeigt interessanterweise heute noch die selbe regionale Verteilung wie die Landkarten des katholischen Einflusses zur Zeit der französischen Revolution (Harten 1989; Tackett 1986). Wo damals ein starker Einfluss der katholischen Kirche und große Widerstände gegen die Revolution bestanden, ist noch heute die höchste Privatschuldichte zu verzeichnen; wo damals die Priester verjagt, die Strassen und Plätze umbenannt, republikanische Eide geschworen und die Lehrerstellen mit Anhängern der Revolution besetzt wurden, sind bis heute die Privatschulen dünn gesät oder eventuell auf den weniger angesehenen Nachhilfe-Sektor spezialisiert. In traditionell katholischen Regionen wie der Bretagne, der Loire-Region und im Süden des Massif Central finden sich insgesamt 12 Departemente, in denen der Privatschulanteil extrem hoch ist (zwischen 29% und 56%). Die entgegengesetzte Extremgruppe bilden 33 Departemente, die sich von der Atlantikküste über das Zentrum nach Norden, Ostfrankreich und bis ins untere Rhônetal im ganzen Land verteilen; sie verzeichnen niedrige Privatschulquoten zwischen 3% und 14% (Tavan 2004b). Die übrigen Landesteile liegen irgendwo dazwischen. Dieses starke territoriale Gefälle der Implantation von Privatschulen ist weder durch einen Stadt-Land-Unterschied, noch durch einen Nord-Süd-Gegensatz erklärbar. Die historische Kontinuität weist auf eine andere Erklärung hin. Wahrscheinlich ist das katholische Schulwesen bis in die Gegenwart auf ein Reservoir aktiver Katholiken vor Ort als Schulgründer, als Lehrer, in der Elternschaft, in den Kommunalverwaltungen etc. angewiesen. Wo traditionell ein dichtes katholisches Milieu in den bürgerlichen Schichten bestand, konnten die Privatschulen auch in der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts expandieren. Wo ein solches Milieu nicht bestand, fehlte es an den Initiativen und an den Personen, die eine Expansionspolitik hätten tragen können. Zwar gab es durchaus katholische Orden, die bereit waren, Schulen für Arme oder Ungläubige in den Arbeitervorstädten der französischen Industrieregionen fortzuführen oder gegen die dortigen kommunistischen Stadtverwaltungen neu durchzusetzen; solche Privatschulen gibt es bis heute (Beispiele in Felouzis/Liot/Perroton 2005). Im Großen und Ganzen haben die Privatschulen aber nur dort mit dem Tempo der staatlichen Schulexpansion Schritt gehalten, wo sie traditionell schon stark verankert waren.

2) Die zweite Expansionsbremse für die Privatschulen geht auf politisch gewollte Einschränkungen aus den 1980er-Jahren zurück. François Mitterand hatte seiner sozialistischen Basis aus wahltaktischen Gründen die Vollendung eines Revolutionsprojekts, nämlich die vollständige Integration aller Privatschulen in das öffentliche System versprochen. Auf den Antritt der ersten sozialistischen Nachkriegsregierung 1981 folgten dann hitzige öffentliche Auseinandersetzungen um die Realisierung dieses Versprechens, in denen schließlich vordergründig die Anhänger der Privatschulen siegten. Die Privatschulen blieben erhalten. In aller Stille entwickelte aber gleichzeitig die Bildungsverwaltung eine Reihe komplizierter haushaltstechnischer Vorschriften, die die Vergrößerung bestehender Privatschulen und die Gründung neuer Einrichtungen behindern.

Zusätzlich wurde für die Aufteilung des Bildungsbudgets zwischen öffentlichem und privatem Sektor ein 80:20-Schlüssel gesetzlich festgelegt, der bis heute gilt. Zusammen können diese Regelungen verhindern, dass sich das Privatschulwesen stärker als das öffentliche oder gegenläufig zu diesem entwickelt.

3) Schon seit Beginn der staatlichen Finanzierung privater Schulen sind deren rechtliche Bedingungen deutlich restriktiver als beispielsweise in Deutschland. Auch dies bremst ihre Entwicklung. Die öffentliche Finanzierung einer Privatschule kann gewährt werden, wenn (a) aus Sicht der staatlichen Schulverwaltung ein Bedarf danach erkennbar ist, und wenn darüber hinaus alternativ entweder (b) eine Schule mindestens schon fünf Jahre existiert – das traf in den 1960er-Jahren für die meisten katholischen Schulen zu, die sich auf der Basis der *loi Debré* in staatliche Finanzierung begeben wollten, – oder (c) wenn sie seit einem Jahr existiert *und* in einem städtischen Neubaugebiet liegt, das mindestens 300 neue Wohnungen umfasst – das war ursprünglich die Einladung de Gaulles an die Kirche, sich mit Schulgründungen an der Urbanisierungspolitik der Epoche zu beteiligen.[7] Dem Träger werden auch nach einer Zusage staatlicher Finanzierung keine Kosten rückwirkend erstattet. Anders als in Deutschland, wo die Gründung einer privaten Schule „besonderer pädagogischer Prägung" ein subjektives und individuelles Recht ist, dessen Verwirklichung nicht an fehlender staatlicher Unterstützung scheitern darf, ist also die öffentliche Finanzierung einer Privatschule in Frankreich davon abhängig, ob Vertreter des Staates einen Bedarf und öffentlichen Nutzen anerkennen. Sie bleibt damit an die je aktuellen Vorgaben der staatlichen Bildungspolitik gebunden. Offensichtlich ist, dass alle genannten Bedingungen es kleinen, lokalen Gründungsinitiativen erschweren, öffentliche Finanzierung zu erhalten. Eine fünfjährige Selbstfinanzierung können nur wenige durchhalten. So ist es zwar grundsätzlich in Frankreich ganz einfach, eine Privatschule zu eröffnen, weil es hier keine Schulbesuchspflicht gibt. Dagegen kann es nur mit Hilfe finanzieller Reserven und guter politischer Unterstützung gelingen, die Bedingungen einer angestrebten staatlichen Finanzierung zu erfüllen.

4) Zu den politischen und sozialen Gründen, die die Entwicklung des Privatschulwesens in Frankreich begrenzen, gehört die Monopolisierung der französischen Eliten-Bildung durch staatliche Einrichtungen. Anders als etwa in England (siehe Walford in diesem Heft; West/Currie 2007) findet die Eliten-Bildung nicht in Privatschulen statt. Seit seiner Gründung hat das öffentliche Schulsystem Frankreichs einen gesellschaftlichen Auftrag zur schulischen Auslese der Eliten, die später alle Entscheidungsposten in allen politischen und gesellschaftlichen Bereichen einnehmen werden. Sein Monopol auf Eliten-Bildung ist ungebrochen, und die Chance, in eine der „Vorbereitungsklassen" zu gelangen, die den 10% leistungsstärksten Schülern jedes Abiturjahrgangs vorbehalten sind, um sie in zwei Jahren auf die Aufnahmeprüfungen in Elitehochschulen vorzubereiten, die wiederum nur etwa 10% der Kandidaten bestehen können, ist für Absolventen öffentlicher Gymnasien höher als für Absolventen privater Gymnasien (Caille 2004; van Zanten 2008a). Das wirkt sich auf das gesellschaftliche Ansehen des privaten Schul-

7 Ausgeschlossen waren und sind damit staatliche Subventionen für Neugründungen in ländlichen Gegenden.

sektors negativ aus. Privatschulen werden von den Familien mit den höchsten schulischen Aspirationen in der Regel nur als Umweg einer Schullaufbahn mit dem Ziel einer erfolgreichen Rückkehr in das öffentliche System genutzt. Zwar sind Privatschulen in Frankreich alles andere als einheitlich. Es gibt durchaus auch hoch reputierte katholische Elitegymnasien. Doch haben Privatschulen im Ganzen für die herrschenden Gruppen in Staat und Wirtschaft, die häufig selbst den staatlichen Elitehochschulen entstammen, nicht die Attraktivität der besten Schulen des staatlichen Sektors. Entsprechend setzen sich diese Gruppen auch in Zeiten der Privatisierung vieler öffentlicher Aufgaben bisher nicht besonders für den Ausbau des Privatschulwesens ein.

5) Eine weitere Wachstumsbremse für den privaten Sektor liegt in der Entwicklung verdeckter Schulmärkte und Wahlmöglichkeiten im öffentlichen Sektor selbst. Obwohl das Sprengelprinzip bisher noch gilt, finden etwa 10% der Nutzer des öffentlichen Sektors die Möglichkeit, über Ausnahmeanträge, besondere pädagogische Wünsche (Latein- oder Chinesisch-Unterricht, sportbetonte, musikbetonte oder bilinguale Zweige), über persönliche Beziehungen oder Angabe falscher Adressen die Schule ihres Sprengels zu verlassen und ihre Kinder in eine öffentliche Schule ihrer Wahl zu schicken (Ballion 1991; van Zanten 2002, 2006; van Zanten/Obin 2008). Diese Wahl-Strategien setzen allerdings gute Kenntnisse des Schulsystems voraus. Sie werden deshalb vor allem von Lehrern und anderen schulinteressierten Eltern der Mittelschichten genutzt, was die sozialen Disparitäten zwischen öffentlichen Schulen, die sich schon aus den Unterschieden der jeweiligen Wohnumgebung der Schulen ergeben, durch zusätzliche Differenzen zwischen gemiedenen und gesuchten Schulen verstärkt. Neben den öffentlichen Traditionsgymnasien der Innenstädte, die traditionell nur leistungsstarke Schüler aufnehmen, entstand daraus eine zweite Gruppe übernachgefragter öffentlicher Schulen – immerhin etwa ein Viertel dieser Schulen – die bei der Auswahl ihrer Schülerschaft (unter der Hand) ähnlich selektiv wie Privatschulen verfahren können. Damit haben viele Familien die Möglichkeit, auch innerhalb des öffentlichen Systems das geschütztere soziale Milieu zu finden, das sonst die Anziehungskraft des privaten ausmacht. Die Entstehung verdeckter Schulmärkte im öffentlichen Sektor hat für den schulnahen und politisch artikulationsfähigsten Teil der Nutzer den Druck verringert, in den privaten Sektor zu wechseln oder sich politisch für dessen Ausbau einzusetzen.

6) Schließlich gibt es nach wie vor eine eigene politische Legitimität der republikanischen Schule, die in Frankreich die Expansion des privaten Schulwesens begrenzt. In Umfragen spricht sich die Mehrheit der Franzosen für soziale Integration und Durchmischung in der Schule aus. Auch Eltern, die auf Privatschulen zurückgreifen, erklären eventuell, dass sie ihren republikanischen Überzeugungen gemäß das öffentliche System vorziehen und nur notgedrungen ins Private ausweichen (van Zanten 2009). Selbst die Lehrer an Privatschulen teilen diese Sicht und schicken ihre eigenen Kinder häufiger auf öffentliche Schulen als auf private (Héran 1996)! Das Bekenntnis zum öffentlichen, laizistischen und unentgeltlichen Schulsystem bleibt für manche Franzosen Teil ihrer staatsbürgerlichen Identität, und die öffentliche Schule selbst kann zuweilen die politische Bedeutung einer nationalen republikanischen Ikone annehmen. Beispielsweise löste noch 1994 ein Gesetz, das den Kommunen erlauben wollte, Privatschulen finanzi-

ell zu unterstützen, in der politischen Öffentlichkeit stürmische Proteste aus. Das Gesetz wurde annulliert und verschwand in der Versenkung. So kann der Schulkampf in Frankreich immer wieder einmal aufflackern, obgleich die ehemals religiös motivierten Gegensätze heute hinter soziale und politische Unterschiede zurückgetreten sind. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass zwischen 1959 und 1985 wahrscheinlich eine eigene relative Schwäche der Kirche in vielen Regionen am meisten dazu beitrug, dass ihr Schulwesen nicht stärker expandieren konnte als das staatliche, während im Übrigen politische Entscheidungen und Präferenzen ein deutliches Wachstum der Privatschulquote bislang verhindert haben.

4. Wer nutzt den privaten Sektor – und wem nützt er?

Im Landesdurchschnitt stammen Privatschüler aus begünstigteren sozialen Milieus als Schüler des öffentlichen Sektors (Maetz 2004a, 2004b; Caille 2004; Toulemonde 2008). Der Hauptunterschied findet sich in den Gruppen der stark privilegierten oder benachteiligten sozialen Milieus, während die mittleren sozialen Kategorien in beiden Sektoren etwa gleich vertreten sind. In beiden Sektoren stammen vier von zehn Schülern aus der mittleren Mittelschicht. Von den übrigen sechs stammen in den Privatschulen im Landesdurchschnitt drei aus der oberen Mittelschicht, drei aus ärmeren Verhältnissen, während in den öffentlichen Schulen zwei aus der oberen Mittelschicht und vier aus ärmeren Familien stammen. Unabhängig von der sozialen und Einkommensschichtung sind bei der Wahl einer Privatschule auch Familientraditionen wirksam – Eltern, die selbst in Privatschulen waren, schicken ihre Kinder eher dorthin als andere Eltern. In den ärmeren Milieus sind es die schulinteressierten Eltern, die ihre Kinder auf eine Privatschule schicken (für die Akademie Nantes: IGEN 2003). Dagegen gibt es eine stabile Präferenz für das *public* im französischen öffentlichen Dienst: Eltern, die im öffentlichen Dienst arbeiten, schicken ihre Kinder seltener auf private Schulen als solche, die in der Privatwirtschaft arbeiten. Das Beispiel von Paris mit einer Privatschulquote von 40% illustriert schließlich die Rolle, welche der reale und der gefühlte Migrantenanteil im öffentlichen Schulsystem für die Nachfrage nach Privatschulen spielen kann. Generell entspricht die Wahl einer Privatschule in Frankreich heute eher der Nachfrage nach einem leistungsförderlichen Schulklima als einer Entscheidung für alternative pädagogische Konzepte. Weder die Nutzer noch die Träger von Privatschulen verstehen diese als reformpädagogische Einrichtungen. Es gibt keine Hinweise darauf, dass die Privatschulen den Leistungsforderungen, Zielen und Methoden staatlicher Schulen grundsätzlich andere Vorstellungen schulischen Lernens entgegensetzen (wollen). Sie wollen die pädagogisch besseren Schulen, nicht aber „Alternativschulen“ sein. Tatsächlich sind die Schulleistungen von Privatschülern in der Sekundarstufe I im Landesdurchschnitt auch bei Kontrolle der sozialen Herkunft etwas besser als die der Schüler von öffentlichen Schulen. Bedingt durch den höheren Anteil privater Berufsgymnasien kehrt sich dies in der Sekundarstufe II um. Auf dieser Stufe sind die Privatschüler im Landesdurchschnitt älter als die Schüler des öffentlichen Sektors, haben also häufiger schon einmal oder

mehrmals ein Schuljahr wiederholt, was hauptsächlich auf durchschnittlich schwächere Schulleistungen in den Berufsschulen im Vergleich zu allgemein bildenden Schulen verweist.

Bildungspolitisch interessant ist die Frage, ob die Existenz eines starken privaten Sektors in einer Region dem Schulerfolg in dieser Region insgesamt zuträglich oder abträglich ist. Diese Frage lässt sich für Frankreich differenziert beantworten. Im innerfranzösischen Vergleich zeigt sich, dass nicht die Privatschulquote als solche, sondern der Einfluss von Privatschulen auf den *school mix* im öffentlichen Sektor für die Schulerfolge wirksam ist. Isabelle Maetz (2004b) hat die sechsundzwanzig französischen Akademien (Schulverwaltungsbezirke) nach dem durchschnittlichen Abiturerfolg ihrer Schüler in drei Gruppen unterteilt – Gruppe A, in der der Abiturerfolg den Erwartungswert übersteigt, Gruppe B, in der er dem Erwartungswert entspricht, und Gruppe C, in der er unter dem Erwartungswert bleibt – und nach Erklärungen für diese Unterschiede zwischen Akademien gesucht.[8] Der durchschnittliche Abiturerfolg über alle Schüler im Bezirk, öffentliche wie private, dient hier als Indikator für die Gesamtqualität des bezirklichen Schulsystems bei statistischer Kontrolle der Sozialstruktur, des Immigrantenanteils, der Geschlechterverteilung und des Alters der Abiturienten. Die wirtschaftliche Lage oder die Dichte des Schulangebots in den Akademien erklären die Unterschiede nicht. Auch die Privatschulquote als solche kann den Unterschied des durchschnittlichen Abiturerfolgs zwischen Akademien nicht begründen, denn bei den erfolgreichsten Bezirken finden sich solche mit relativ niedriger Privatschulquote (beispielsweise Straßburg mit 16%) und solche mit sehr hoher (etwa Nantes oder Rennes mit 40%). Die sechs erfolgreichsten Akademien Bordeaux, Lyon, Grenoble, Nantes, Straßburg und Rennes haben aber eines gemeinsam: Sie zeigen die geringsten Unterschiede der sozialen Zusammensetzung der Schülerschaften zwischen privatem und öffentlichem Sektor. Die Privatschulen sind hier nicht die Schulen der begünstigten Schichten; sie bewirken keine oder nur eine geringfügige soziale Segregation. Unter diesen Bedingungen schneiden Schüler aus benachteiligten Schichten in den öffentlichen Schulen deutlich besser ab als überall sonst in Frankreich, und auch für die Schüler aus begünstigten Schichten zeigt sich ein kleinerer, aber signifikanter Vorsprung vor den anderen Akademien. Alle sozialen Schichten scheinen hier zu gewinnen. Die sieben Bezirke der Gruppe C dagegen, in denen der Durchschnitt der Schüler am weitesten hinter dem Erwartungswert zurückbleibt, zeigen das spiegelbildlich entgegengesetzte Muster: In den Akademien Créteil, Amiens, Rouen, Aix-Marseille, Caen, Lille und Montpellier ziehen die Privatschulen besonders stark die oberen Mittelschichten aus den öffentlichen Schulen ab. Damit sinken hier die Erfolgsquoten der öffentlichen Schulen. Für den Schulerfolg der Mehrheit, lässt sich daraus folgern, ist nicht die Schulträgerschaft als solche entscheidend. Wirksam ist dagegen die soziale Mischung in den Schulen. Wo die Schülerschaft von Privatschulen der von öffentlichen Schulen am ähnlichsten ist, scheinen beide Sektoren zu gewinnen. Wo Privatschulen dagegen eine starke soziale Entmischung herbeiführen, sin-

8 „Abiturerfolg“ bezeichnet hier den Prozentsatz der Kandidaten, die die Abiturprüfung bestanden haben.

ken besonders die Erfolgschancen der Schüler aus benachteiligten sozialen Schichten im öffentlichen System (internationaler Vergleich dazu in Mons 2007). Dass die privaten Schulen in einigen wenigen Akademien keine (bedeutsame) soziale Selektivität aufweisen, widerlegt jedoch nicht die Regel, nach der sie in Frankreich im allgemeinen sozial selektiv sind und das relativ disziplinierte, vor entfremdeten, erfolglosen, rebellischen oder gewaltbereiten Schülern geschützte Lernmilieu bieten können, auf das schulinteressierte Eltern aller sozialen Schichten Wert legen.

5. Ausblick

Keine Privatschule in Frankreich hat den Nimbus einer der international berühmten englischen *public schools*, und anders als in England sind hier auch die privilegierten Schichten mehrheitlich nicht darauf eingestellt, für die Bildung ihrer Kinder abseits staatlicher Institutionen durch private Initiative und Finanzierung zu sorgen. Sie erwarten von einem gut funktionierenden öffentlichen Schulsystem, dass es alle nötigen Angebote für die Massen wie für die künftigen Eliten bereithält. Liberale Tendenzen zur Auslagerung öffentlicher Bildungsaufgaben in private Hand bleiben demgegenüber marginal. Dass eine Mehrheit der Franzosen sich für die Erhaltung des Privatschulwesens und für die Rückkehr zur freien Schulwahl im öffentlichen Sektor ausspricht – die Präsident Sarkozy für das Schuljahr 2010/2011 in Aussicht gestellt hat – enthält kein Plädoyer für mehr Privatisierung, sondern drückt den Wunsch der Familien aus, mit der Entwicklung der schulischen Anforderungen Schritt zu halten. Schulwahl-Untersuchungen der letzten zwanzig Jahre weisen übereinstimmend darauf hin, dass die meisten Eltern eine möglichst gute Schule wählen wollen, sei diese öffentlich oder privat, um ihrem Kind die besten Chancen zu geben, die steigenden Qualifikationsansprüche von Staat und Markt zu erfüllen. Privatschulen werden dann zur ersten Wahl, wenn die öffentlichen vorübergehend oder dauerhaft nicht geeignet scheinen, dieses Ziel zu unterstützen. Sie dienen nebenbei weiterhin religiösen Interessen ihrer Nutzer, hauptsächlich aber deren Interesse an Schulerfolg. Damit versammeln sie tendenziell ein besonders schulinteressiertes Klientel. Doch sind selbstverständlich auch die Privatschulen in Frankreich durchweg Gesamtschulen. Vermutlich ist dies einer der Gründe dafür, dass die Ungerechtigkeit, die sich in institutionalisierter sozialer Segregation der Schülerschaften und in entsprechender Abhängigkeit der Schulleistungen von der sozialen Herkunft ausdrückt, trotz der Zweiteilung des französischen Schulsystems, die hier beschrieben wurde, in Frankreich weniger ausgeprägt ist als in Deutschland (Gerese 2003).

Literatur

Ballion, R. (1991): La bonne école: évaluation et choix du collège et du lycée. Paris: Hatier.

Baudouin, J./Portier, P. (Hrsg.) (2001): La laïcité, une valeur d'aujourd'hui? Contestation et renégociation du modèle français. Rennes: PUR.

Caille, J.-P. (2004): Public ou privé? Modes de fréquentation et impact sur la réussite dans l'enseignement secondaire. In: Public-privé: quelles différences? Paris: MEN, S. 49–62.
Carry, A. (2007): Dépenses privées d'éducation et conjonctures financières d'éducation. Perspectives historiques. In: A.Vinokur (Hrsg.): Pouvoirs et financement en éducation. Qui paye décide? Paris: L'Harmattan, S. 303–318.
Eurydice (2000): L'enseignement privé dans l'union européenne. Verfügbar unter: www.eurydice.org., aufgerufen am: 16.02.2009.
Felouzis, G./Liot, F./ Perroton, J. (2005): L'apartheid scolaire. Enquête sur la ségrégation ethnique dans les collèges, Paris: Seuil.
Gerese (2003): Groupe Européen de Recherches sur l'Équité des Systèmes Éducatifs, L'équité des systèmes éducatifs européens. Un ensemble d'indicateurs. Bruxelles: Commission Européenne.
Harten, H.-C. (1989): Mobilisation culturelle et disparités régionales. École, alphabétisation et processus culturel pendant la Révolution. In: Julia, D. (Hrsg.): Les enfants de la patrie. Éducation et enseignement sous la Révolution Française. (Histoire de l'Éducation.) Paris: INRP, S. 111–137.
Héran, F. (1996): École publique, école privée : qui peut choisir ? In: Économie et Statistique Nr. 293, S. 17–39 (zit. nach Nauze-Fichet (2004): Que sait-on des différences entre public et privé? In: Public-privé, S. 15–22).
Langouet, G./Léger, A. (1994): École publique ou école privée? Trajectoires et réussite scolaires. Paris: Éditions Fabert.
Langouet, G./Léger, A. (1997): Le choix des familles. École publique ou école privée? Paris: Éditions Fabert.
Langouet, G. (2002): Public ou privé – Élèves, parents, enseignants. Paris: Editions Fabert.
Lorcerie, F. (1996): Laïcité 1996. La République à l'école de l'immigration. In: Revue française de pédagogie 117, S. 53–85.
Maetz, I. (2004a): Public et privé: Flux, parcours scolaires et caractéristiques des élèves. In: Public-privé: quelles différences? Paris: MEN-DEP, S. 23–36.
Maetz, I. (2004b): Les disparités académiques et sectorielles de réussite au baccalauréat général. In: Public-privé: quelles différences? Paris: MEN-DEP, S. 63–78.
IGEN (2003): Inspection Générale de l'Éducation Nationale, Inspection Générale de l'Administration de l'Éducation Nationale, Evaluation de l'enseignement dans l'académie de Nantes. Paris: MEN.
Mons, N. (2007): Les nouvelles politiques éducatives. La France fait-elle les bons choix? (Éducation et société). Paris: Puf.
Nauze-Fichet, E. (2004): Que sait-on des différences entre public et privé? In: Public-privé, S. 15–22
Pinçon-Charlot, M. (2007): Sociologie de la bourgeoisie. (Collection repères.) Paris: La Découverte.
Plaisance, E. (2008): Éducation spéciale. In: Zanten, A. van (Hrsg.): Dictionnaire de l'éducation. Paris PUF, S. 208–212.
Prost, A. (1981): Histoire générale de l'enseignement et de l'éducation en France, Band 4: L'école et la famille dans une société en mutation. Paris: Nouvelle librairie de France.
Prost, A. (1993): Éducation, société et politiques. Une histoire de l'enseignement en France, de 1945 à nos jours. Paris: Le Seuil.
Public-privé (2004): Quelles différences? (Éducation et formations N. 69). Paris: MEN-DEP.
Reuter, A. (2008): Kreuz und Kopftuch – Religionskontroversen in der säkularen Ordnung der Freiheit und Gleichheit. In: Koenig, M./Willaime, J.-P. (Hrsg.): Religionskontroversen in Frankreich und Deutschland. Hamburg: Hamburger Edition, S. 271–313.
Tackett, T. (1986) : La Révolution, l'Église, la France. Le serment de 1791. Paris: Éditions du Cerf.

Tavan, C. (2001): École publique, école privé. Une comparaison sur données françaises. Paris: Institut d'études politiques de Paris (DEA de sociologie).
Tavan, C. (2004a): École publique, école privée: comparaison des trajectoires et de la réussite scolaires. In: Revue française de sociologie 147, S. 27–41.
Tavan, C. (2004b): Public, privé – trajectoires scolaires et inégalités sociales. In: Public-privé: Quelles différences?, S. 37–48.
Toulemonde, B. (2008): Enseignement privé. In: Zanten, A. van (Hrsg.): Dictionnaire de l'éducation. Paris: PUF, S. 266–269.
van Zanten, A. (2002): La mobilisation stratégique et politique des savoirs sur le social: le cas des parents d'élèves des classes moyennes. In: Éducation et sociétés 9, S.39–52.
van Zanten, A. (2006): Une discrimination banalisée? L'évitement de la mixité sociale et raciale dans les établissements scolaires. In: Fassin, D./Fassin, E. (Hrsg.): De la question sociale à la question raciale? Représenter la société francaise. Paris: La Découverte, S. 195–210.
van Zanten, A. (Hrsg.) (2008): Dictionnaire de l'éducation. Paris: Presses Universitaires de France.
van Zanten, A. (2008a): Formation des Élites. In: dies. (Hrsg.): Dictionnaire de l'éducation. Paris: PUF, S. 242–246.
van Zanten, A. (2009): Choisir son école. Les stratégies éducatives des classes moyennes. Paris: PUF (im Druck).
van Zanten, A./Obin, J.-P. (2008): La carte scolaire. Que sais-je? Nr. 2830, Paris: PUF.
Wagner, A.-C. (2007): Les classes sociales dans la mondialisation. (Collection repères.) Paris: La Découverte.
West, A./Currie, P. (2007): Le secteur privé dans les écoles financées par l'Etat en Angleterre. In: Vinokur, A. (Hrsg.): Pouvoirs et financement en éducation. Qui paye décide? Paris: L'Harmattan, S. 43–68.